

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 648-48 ppbn d

Inhalt

Hermann Schmitt-Vockenhausen, Bundestagsvizepräsident, zur britischen Diskussion um die Europawahl

Seite 1

Hans-Ulrich Klose, Bürgermeister von Hamburg, fordert eine verstärkte "Rückbesinnung auf alte Werte"

Seite 2-4

Walter Polkohn MdB nimmt Stellung zur KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölnar Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 166

28. September 1977

Den Briten fehlt es nicht am guten Willen

Von Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

In der deutschen Öffentlichkeit gibt es immer noch Sorgen darüber, wie es in Großbritannien mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs der Regierung für die Durchführung der Direktwahlen zum Europäischen Parlament steht.

Parteien und Beobachter des politischen Lebens schätzen die Lage so ein, daß sich, wenn nach dem Beginn der neuen Legislaturperiode am 3. November (voraussichtlich Mitte des Monats) die Wahlgesetzgebung erneut eingebracht wird, weil im Unterhaus jährlich die nicht verabschiedeten Gesetze untergehen, für das Prinzip der Direktwahlen eine gute Zwei-Drittel-Mehrheit ergibt. Die eigentlichen britischen Probleme liegen also nicht darin, dem Beschluß über Direktwahlen zum Europäischen Parlament zuzustimmen, sie liegen vielmehr im Wahlverfahren, das im Gesetzentwurf ebenfalls geregelt wird. Die Regierung schlägt darin eine Abkehr von dem in England bei nationalen Wahlen üblichen Mehrheitswahlrecht und den Übergang zum Verhältniswahlrecht vor. Das Verhältniswahlrecht mag im Augenblick dem außenstehenden Beobachter geboten erscheinen (Sicherung der Mitarbeit der Liberalen in Europa, Beteiligung der Regionen), in Wirklichkeit würde seine Einführung den ersten Schritt auf dem Wege zu einer Änderung des politischen Systems darstellen. Die Frage des Wahlsystems ist damit mehr als ein Tagesproblem, sie ist eng mit dem britischen Demokratie-Verständnis verknüpft.

Entscheidet sich das Unterhaus für die Beibehaltung des Mehrheitswahlrechts, was anzunehmen ist, muß zunächst die Einteilung der Wahlkreise von der hierfür zuständigen Kommission (Boundary Commission) vorgenommen werden. Daraus ergibt sich, daß schon aus Zeitgründen frühestens gegen Ende 1978 bzw. Anfang 1979 in Großbritannien gewählt werden kann. Bei allen Bewertungen sollte niemand vergessen, daß es der feste Wille der großen Mehrheit des Parlaments ist, den Weg nach Europa weiterzugehen und die Wahl zum Europäischen Parlament in Großbritannien 1978/79 durchzuführen. Wer erlebt, wie schwer es diejenigen haben, die diesen Weg mitgehen, sollte bei allem Bedauern wegen des Termins vor allem die eigentliche Bedeutung darin sehen, daß trotz aller Hemmnisse und Kampagnen die große Mehrheit des Unterhauses für das Europäische Parlament kämpft. Wir haben in den letzten Wochen gespürt, als in einigen Ländern eine Kampagne gegen die Bundesrepublik in Gang gebracht wurde, mit welcher Fairness und Sachlichkeit in Großbritannien reagiert wurde. Wir sollten uns angesichts britischer Probleme genauso verhalten.

+ + +

(-/28.9.2977/ks/hgs)

Rückbesinnung auf alte Werte

Traum von der besseren Welt träumen und verwirklichen

Von Hans-Ulrich Klose

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Zu den meistgebrauchten Worten, vor allem in der Sprache der Politik, gehört das Wort "Sicherheit" oder "sichern". Wer von Sicherheit redet und Sicherheit - innere Sicherheit, äußere Sicherheit, soziale Sicherheit - verspricht, kann hoffen, gehört zu werden; denn er trifft eine konkrete Bedürfnislage. Die Menschen wollen in gesicherten Verhältnissen und frei von Angst leben; sie reagieren empfindlich auf jedes Anzeichen von Unruhe und Veränderung. Sicherheit geht vor.

Die gegenwärtige Lage oder Stimmung der Menschen bestätigt diese Aussage. Trotz laufender Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse - die unbestreitbar immer besser geworden sind - scheint ein Gefühl der Unsicherheit oder Verunsicherung vorzuherrschen. Dabei spielen angesichts der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auch materielle Ängste eine Rolle. Die wirkliche Verunsicherung liegt jedoch sehr viel tiefer.

Das ist - schlaglichtartig - deutlich geworden bei der öffentlichen Reaktion auf die Terroranschläge der jüngsten Zeit, vor allem nach dem Mordanschlag von Köln. Wir registrieren nicht nur eine unmittelbare, beinahe körperliche Angst vor weiteren Terroranschlägen und Geiselnahmen, die noch dadurch erhöht wird, daß leichtfertige Kommentatoren alle Bundesbürger zu möglichen Opfern erklären. Die daraus resultierende allgemeine Besorgnis der Menschen müssen wir ernst nehmen, ohne dabei der Versuchung zu erliegen, ein parteipolitisches Geschäft mit der Angst machen zu wollen.

Diese Versuchung ist sehr stark; denn größer noch als die Angst vor weiteren Terroranschlägen ist die Unsicherheit in der Beurteilung solcher Taten und - was in diesem Zusammenhang entscheidend ist - bei der Frage, welche Konsequenzen gegenüber den Tätern zu ziehen sind. Ich räume gern ein, daß ich über einige Antworten auf diese Frage - so sehr ich sie verstehen kann - zutiefst erschrocken bin. Sie offenbaren ein erhebliches Maß an Orientierungslosigkeit und das Fehlen von einsichtigen und allgemein anerkannten Maßstäben.

Ähnliche Reaktionen der Unsicherheit zeigen sich in der gegenwärtigen ökonomischen Krise. Meinungsumfragen, die ich ernst nehme, ohne sie zu überschätzen, signalisieren eine zunehmende Unzufriedenheit mit den demokratischen Parteien, ja sogar Staatsverdrossenheit, und das, obwohl der Staat in seinen primären in der Verfassung beschriebenen Funktionen einwandfrei arbeitet.

Ursache der Unzufriedenheit können deshalb - die Schlußfolgerung liegt nahe - nur die ökonomischen Schwierigkeiten, genauer: die Angst vor Arbeitslosigkeit und die Enttäuschung über geringere Erwartungen für weitere Wohlstandssteigerungen sein.

Hier offenbart sich eine Fehlentwicklung. Es scheint so zu sein, daß Demokratie und Wohlstandsmehrung von den Bürgern gleichgesetzt werden, mit der Folge, daß der demokratische Grundkonsens in Frage gestellt werden könnte, wenn die bisher selbstverständliche Geschäftsgrundlage wachsenden Wohlstands entfällt. Anders formuliert: Unsere Demokratie, aufgebaut in dem Bestreben, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten, gewinnt ihre Legitimation heute überwiegend aus ihrer ökonomischen

Leistungsfähigkeit. Die ethische Fundierung ist demgegenüber in den Hintergrund getreten oder ganz aus dem Blickfeld geraten.

Wie ist das zu erklären?

Zum einen daraus, daß in den ersten Jahrzehnten unseres demokratischen Wiederbeginns die Parallelität von Demokratie und Wohlstandsmehrung fast ungebrochen bestanden hat; zum anderen daraus, daß wir ein konstitutives Element unserer Ordnung überstrapaziert und damit pervertiert haben.

Was ich meine, ist dies: Eine demokratische Gesellschaft westlichen Zuschnitts ist immer auch eine pluralistische. In ihr stehen unterschiedliche, zum Teil widersprüchliche Interessen nebeneinander und im permanenten Wettstreit gegeneinander. Sich mit seinen Interessen durchsetzen - das ist das vorherrschende Gestaltungsprinzip dieser Gesellschaft, das akzeptabel erscheint, solange es nicht "um jeden Preis" betrieben wird. Ist letzteres der Fall, dann sind die Konsequenzen absehbar: Die Demokratie entwickelt sich zur Gefälligkeits- oder Bewilligungsdemokratie, weil die Politiker vielfach nicht bereit sind, um den "Preis" ihrer Abwahl nein zu sagen; zugleich nimmt die Bereitschaft zum Konflikt zu, werden Konflikte, insbesondere Verteilungskonflikte, zum eigentlichen Motor der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Härten, die sich daraus ergeben, lassen sich in materieller Hinsicht durch sozialpolitische Maßnahmen ausgleichen. Das ist bei uns geschehen, mit Leistungen, die es verdienen, vorbildlich genannt zu werden. Das ändert aber nichts daran, daß eine Gesellschaft, die in ihrer Bereitschaft zum Konflikt zu weit geht, eine soziale und solidarische nicht sein kann, sondern immer stärker die Züge einer kaltherzigen Ellenbogen-gesellschaft annimmt, in der letztendlich auch das Mittel der Gewalt einen Anschein von Berechtigung gewinnt.

Genau das darf nicht sein. Hier müssen wir ansetzen, um eine, wie mir scheint, notwendige Korrektur vorzunehmen. Dabei genügt es nicht, Spielregeln zu vereinbaren, an die man sich freiwillig oder erzwungenermaßen hält. Nötig ist, daß wir Wertmaßstäbe entwickeln, an denen sich die Gemeinschaft der Bürger orientieren kann. Die Frage lautet: Welche Wertmaßstäbe könnten das sein?

In der Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Terrorismus ist folgendes zu lesen: "Nur ein starker Staat kann ein liberaler Staat sein. Stark aber ist der Staat in erster Linie durch die gemeinsamen Überzeugungen und Wertvorstellungen seiner Bürger. Die Verpflichtung auf die unserer gesellschaftlichen Ordnung vorgegebenen Werte bildet die Grundlage unserer politischen Existenz und ermöglicht den weiten Raum der Freiheit, in dem Menschenrecht und Menschenwürde beheimatet sind. Diese Grundlage der Freiheit bestimmt aber auch deren strikt zu wählende Grenze."

Ich habe diese Erklärung mit großer Befriedigung gelesen, vor allem auch wegen ihres selbstkritischen Tones, den ich in der Terrorismus-Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz vermisste. Dennoch fällt auch bei der Erklärung der EKD, die ich innerlich akzeptiere, eines auf: Die "gemeinsamen Überzeugungen und Wertvorstellungen", die "vorgegebenen Werte", bleiben ungenannt. Eine Wertorientierung wird gefordert, aber sie findet nicht statt. Zudem wird in dieser Erklärung die Freiheit nicht als Wert definiert, sondern als von Werten eingegrenzt. Was sind das aber für Werte? Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit? Vielleicht sogar Barmherzigkeit oder Liebe? Oder sind Sekundärtugenden wie z.B. Ordnung, Sauberkeit, Gehorsam gemeint?

Wir sind uns offenbar aus innerster Überzeugung einig, daß wir uns auf Werte besinnen, zurückbesinnen müssen. Aber es gibt bei uns keine Diskussion darüber, welches die der demokratischen Ordnung vorgegebenen Werte sind und welche Konsequenzen für unser Verhalten sich aus der Anerkennung von Werten ergeben. Statt diese Diskussion zu führen, was dringend nötig wäre, haben wir in den vergangenen Jahren in einer großen reformpolitischen Anstrengung einen Prozeß der Enttabulisierung und Emanzipation vollzogen,

dessen Notwendigkeit für mich außer Frage steht, mit dessen Ergebnissen ich aber nur zum Teil übereinstimme.

Erfreut bin ich, daß die Menschen heute quer durch die Hierarchien offener, freier miteinander umgehen, daß irrationelle Abhängigkeitsverhältnisse aufgehoben bzw. gemildert worden sind, daß die uns Deutschen nachgesagte Untertanenmentalität sich weitgehend verflüchtigt hat.

Auf der anderen Seite müssen wir aber feststellen, daß wir bei dieser Entwicklung alte Bindungen in einem Maße gelockert haben, daß die Folge nur Unsicherheit oder Verunsicherung sein konnte. Wir haben in dem Bestreben, die Gleichberechtigung der Frau voranzutreiben, die Geschlechtlichkeit enttabuisiert, damit aber zugleich ein erhebliches Maß an kalter Sachlichkeit in die Ehe hineingetragen. Wir haben die Kinder zur Kritikfähigkeit erzogen, ohne ihnen zugleich in angemessener Weise klarzumachen, daß in einer gesellschaftlichen Umgebung, wie immer sie konstruiert ist, auch Anpassung in Grenzen unvermeidlich, in der Form der Rücksichtnahme sogar wünschenswert ist. Wir haben die familiären Bindungen, die zwischen den Generationen bestehen/bestanden haben, immer weiter aufgelöst und in vielen Fällen zugelassen, daß alte Menschen zu Pflegefällen erklärt worden sind, um die sich vornehmlich Kirchen oder karitative Organisationen und der Staat zu kümmern haben. Wir haben, um es zusammenzufassen, einfache Regeln des familiären und gesellschaftlichen Umgangs im täglichen Miteinander außer Kraft gesetzt, ohne für neue Regeln zu sorgen. Dabei sind Mindestbestände an Höflichkeit und Anstand verlorengegangen.

Das alles hat zu jener tieferen Verunsicherung geführt, von der ich eingangs gesprochen habe. Und wir Politiker müssen es uns wohl gefallen lassen, daß die Bürger uns dafür verantwortlich machen. Ich denke, wir sollten diese Verantwortlichkeit anerkennen und daraus die nötigen Konsequenzen ziehen.

Das bedeutet nicht, daß wir die Zeit anhalten oder gar zurückdrehen könnten oder müßten. Warum auch? Eine "heile Welt", von der viele Menschen träumen, hat es nie gegeben. Es wird sie auch in Zukunft nicht geben. Laßt uns deshalb lieber den Traum von der besseren Welt träumen und verwirklichen!

Dazu gehört auch Politik, eine mutige, in die Zukunft gerichtete Politik, die Probleme entschlossen anpackt und löst, die aber nicht im Krisenmanagement stecken bleibt, sondern Perspektiven entwickelt und über mehr als eine Legislaturperiode hinweg verfolgt. Eine solche Politik brauchen wir, und zugleich die Einsicht, daß Politik allein nicht genügt. Hinzukommen muß eine Rückbesinnung auf alte Werte, die wir erneuern und mit neuer Verbindlichkeit ausstatten müssen - mit allgemeiner Verbindlichkeit, aber bitte: ganz konkret. Es hilft uns nicht, daß wir weiterhin in hohen Graden der Abstraktion reden, wenn wir nicht auch konkret handeln. Es geht darum, einfache und von jedermann begreifbare Werte oder Tugenden wieder in Kraft zu setzen. Wir müssen (wieder) lernen, daß Rücksichtnahme, Anstand und Höflichkeit nicht altmodisch sind und daß Ehrlichkeit mit Dummheit nicht gleichzusetzen ist.

Wir Politiker müssen dabei allein schon wegen unserer Rolle in der Öffentlichkeit eine Vorbildfunktion übernehmen. Es darf nicht länger sein, daß die Menschen die Politik zu Recht als schmutziges Geschäft ansehen, weil einige Politiker Machtgewinnung und Machterhaltung als alles heiligende Zwecke mißbrauchen. Der Mißbrauch der Macht führt in einer mißbrauchten Öffentlichkeit zwangsläufig zu einem weiteren Verfall von Werten und produziert eine immer stärker werdende Unsicherheit. Und das ist das Gegenteil dessen, was wir als demokratische Politiker zu tun aufgefordert sind.

Natürlich liegt es nicht allein bei uns. Eine demokratische Gesellschaft, die von gemeinsamen Überzeugungen und Wertvorstellungen ausgeht, läßt sich nicht von oben herab begründen oder verordnen. Jeder ist aufgefordert, bei dem Aufbau einer wahrhaft demokratischen Gesellschaft mitzuarbeiten; nicht verbal und mit Forderungen an andere, sondern ganz konkret in seiner Familie, als Teil der Familie, in der Schule, im Betrieb, am Arbeitsplatz, im Umgang mit anderen Menschen. Wir alle sind aufgerufen zu mitmenschlichen und gutnachbarlichem Verhalten. Die Werte, die wir suchen, liegen in uns selbst.

Entspannung ist kein Zauberwort

Zur KSZE-Nachfolgekonzferenz in Belgrad

Von Walter Polkehn MdB

Stellvertretendes Mitglied des auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Es ist gut, sich vor der demnächst stattfindenden KSZE-Nachfolgekonzferenz in Belgrad zu vergegenwärtigen, daß die europäische Entspannungspolitik versucht, zwischen zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen einen Ausgleich herbeizuführen, der es ermöglicht, einen dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen und zu sichern. Man kann wohl zu Recht behaupten, daß das westliche Konzept zur Entspannung in Europa entscheidend von der Neuorientierung der deutschen Ostpolitik durch Willy Brandt beeinflusst worden ist. In seiner Rede vom 24. Februar 1967 vor der beratenden Versammlung des Europarates präziserte Willy Brandt den Begriff der Entspannungspolitik eindeutig:

1. Entspannung ist kein Zauberwort.
Der Begriff selbst läßt die Spannungen und die Gegensätze zwischen Ost und West nicht verschwinden. Auch die Entspannungspolitik ist Politik in dem Sinne, daß um den Ausgleich gegensätzlicher Ziele gerungen wird.
2. Entspannung ist kein Selbstzweck.
Sie soll einen Interessenausgleich ermöglichen, der die Grundlagen für eine dauerhafte europäische Friedensordnung schafft. Entspannungspolitik ist keine Kapitulation und keine Flucht vor der Wirklichkeit, sondern der Versuch, zunehmend Gebiete gemeinsamen Interesses und der Zusammenarbeit zu finden.
3. Entspannung ist ein umfassendes Vorhaben.
Die Probleme werden nicht auf einmal zu lösen sein. Man muß anfangen, wo es möglich ist. Mit kleinen Schritten, wo große noch nicht möglich sind. Aber der Blick muß stets auf größere Lösungen gerichtet sein.

Das Ergebnis von Helsinki stellt eine gute Ausgangsbasis für die Fortentwicklung des Entspannungsprozesses dar. Die aktive Phase der Verwirklichung der KSZE-Ab-sprachen hat begonnen. Das KSZE-Folgetreffen in Belgrad wird Willy Brandts Worte von 1967 erneut bestätigen. Entspannung ist kein Zauberwort! Der Weg zu einem sicheren dauerhaften Frieden ist mühsam und dornig. Spektakuläre Erfolge werden auch in Belgrad nicht zu verzeichnen sein. Unsere politischen Gegner werden weiter das Fehlschlagen der Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition propagieren, wohlwissend, daß die Vergangenheit sie widerlegt hat und die Zukunft sie widerlegen wird.

(-/28.9.1977/hl/ben)